
Konrad Freiberg

Zur Lage der Inneren Sicherheit in Deutschland



Konrad Freiberg, geb. 1951 in Schwarzenbek, Ausbildung zum gehobenen Polizeidienst., begann seine gewerkschaftliche Laufbahn 1979 als Vorsitzender der Fachgruppe Kriminalpolizei im Landesbezirk Hamburg der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Von 1997 bis 2003 übernahm er den Vorsitz dieses Landesbezirks. 1986 wurde er Vorsitzender des Bundesfachausschusses Kriminalpolizei und 1990 wurde er in den Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP gewählt. Seit November 2000 ist er Bundesvorsitzender der GdP.

Die Lage der Inneren Sicherheit in Deutschland ist Besorgnis erregend. Es ist eine Tatsache, dass nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf der ganzen Welt weitere Anschläge Menschenleben zerstörten und nun auch – das hat der brutale, Menschen verachtende Anschlag in Madrid auf schlimme Art bewiesen, jeden Tag mit weiteren Terrorattacken gerechnet werden muss - auch in Deutschland. Deutschland ist längst nicht mehr nur Ruheraum, sondern auch Zielgebiet des internationalen Terrorismus. Die Innere Sicherheit Deutschlands ist jedoch weiteren, massiven Einflüssen ausgesetzt. Die organisierte Kriminalität und die Wirtschaftskriminalität breiten sich weiter aus und verursachen jährlich Schäden in Milliardenhöhe. Die Bürger registrieren eine abnehmende Präsenz der Polizei im Alltagsbild, die Straßen- und Gewaltkriminalität nimmt zu, Wohngebiete und ganze Stadtteile verwahrlosen. Die Angst vor Kriminalität wächst.

Terror ist international vernetzt

In zahlreichen Ländern der Welt finden Kriege und Kämpfe statt. Protagonisten und Mitläufer der beteiligten Banden, Gruppierungen und Organisationen halten sich in Deutschland auf. Sie agieren in der Öffentlichkeit oder arbeiten im Untergrund, hinter der Fassade von Glaubensgemeinschaften oder hinter Universitätsmauern. Die internationale Vernetzung der verbrecherischen Gruppierungen ermöglicht es, ein Land oder auch mehrere als Befehls-Drehscheibe oder als Ruheräume zu nutzen. In diesen Ländern werden auch Gelder für den Terrorkampf eingetrieben oder bestimmte, für die Ausübung von Anschlägen notwendige Fähigkeiten ausgebildet.

Im November 2001 wurde das erste Gesetzespaket gegen den Terrorismus verabschiedet. Die wichtigsten Punkte betrafen die Einführung der Strafbarkeit der Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, auch wenn diese im Ausland agiert, sowie die Aufhebung des so genannten Religionsprivilegs.

Beide Bestimmungen sind aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sinnvoll und gerechtfertigt. Kein Mensch hätte noch Verständnis dafür gehabt, dass beispielsweise der so genannte „Kalif von Köln“ weiter ungestört seine extremistischen Hass-Tiraden hätte verbreiten können. Immerhin wurde der radikal-muslimische „Kalifstaat“ um Metin Kaplan im Verfassungsschutzbericht 2000 als antidemokratisch und antisemitisch bezeichnet. Die schätzungsweise 1.100 Mitglieder streben, so ermittelte der Verfassungsschutz, die Weltherrschaft des Islam an. Kaplan werden zudem frühere Kontakte zur Terrorgruppe von Osama bin Laden nachgesagt. Kaum jemand vermag nachzuvollziehen, dass Kaplan, der zum Mord eines Kontrahenten aufgerufen hatte und deshalb verurteilt wurde, immer noch nicht aus Deutschland in die Türkei abgeschoben werden kann.

Rückschlag in der Terrorbekämpfung

Ein bedeutender Rückschlag in der Terrorismusbekämpfung ist auch der Freispruch des im Zusammenhang mit dem Terroranschlägen am 11. September 2001 angeklagten Marrokaners Abdelghani Mzoudi. Dieses Verfahren hat gezeigt, dass es bei der Bekämpfung von gewaltbereiten islamistischen Extremisten und deren rechtsstaatlichen Verurteilungen unverantwortliche Defizite gibt. Aktivitäten, wie Mzoudi sie in Deutschland entfaltet, mit den Zielen, die er verfolgt hat, müssten ausreichen, um die Gesellschaft vor ihm und seinesgleichen schützen zu können. Ein weiterer Rückschlag steht zu befürchten, wenn auch Mounir El Motassadeq, ebenso wie Mzoudi mutmaßliches Mitglied der Hamburger Terrorzelle, bei der Neuaufnahme seines Verfahrens aus Mangel an Beweisen, aufgrund zweifelhafter Zeugenaussagen oder Informationslücken zwischen Nachrichtendiensten frei gesprochen würde.

Die Innere Sicherheit Deutschlands ist aber keineswegs nur durch ausländische Terroristen bedroht, sondern wird zunehmend durch klassische Kriminalitätsformen erschüttert. Die polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS) verzeichnen seit Jahren mindestens ein Stagnieren des Verbrechens auf hohem Niveau. Die PKS nennt aber nur der Polizei bekannt gewordene Straftaten. Die Gesamtzahl, so schätzen Kriminalisten das so genannte Dunkelfeld, sei etwa um das Zehnfache höher. Das bleibt nicht ohne Folgen: eine im März veröffentlichte Emnid-Umfrage zum Sicherheitsgefühl der Einwohner Berlins ergab, dass fast jeder zweite Hauptstädter sich von Kriminalität bedroht fühlt. Weit über 50 Prozent der Befragten meiden bestimmte Stadtteile.

Die „organisierte Kriminalität“ wird weniger bekämpft

Die Palette der Delikte, die unter den Begriff „Organisierte Kriminalität“ fallen, ist bemerkenswert breit. Milliarden von Euro werden mit Schmuggel von Waffen, Rauschgift und steuerpflichtigen Konsumgütern, durch Zwangsprostitution, Menschenschleusungen, Korruption, Schwarzarbeit, Erpressung, illegalem Glücksspiel, Diebstahl, Falschgeld, Betrug etc. verdient.

Im alltäglichen Leben nimmt der Bürger die Folgen der organisierten Kriminalität nicht unmittelbar wahr. Ins Auge fallen dafür die zunehmende Verwahrlosung der Städte, die zunehmende Brutalisierung der Gesellschaft, der zunehmende Verfall der Sitten und die zunehmende Bereitschaft, gegen die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verstoßen.

Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Die Kombination aus der diffusen Bedrohung durch Terror und dem Gefühl, in einer gefährlichen Umwelt zu leben, verunsichert. Verunsicherung mindert Lebensqualität.

Bürger schenken Polizei Vertrauen

Bürgerinnen und Bürger wollen vor Bedrohungen geschützt werden. Nicht nur vor der kaum greifbaren, unkalkulierbaren Terrorgefahr, sondern auch vor den Bedrohungen des Alltags: vor den Attacken auf das persönliche Sicherheitsgefühl.

Die Polizei soll dafür sorgen. Sie hat - durch viele Umfragen bestätigt - das Vertrauen der Bevölkerung. Die Polizeibeschäftigten, und das ist ein weiterer negativer Einfluss auf die Lage der Inneren Sicherheit Deutschlands, sind aber selbst sehr verunsichert.

Nach den Terroranschlägen in den USA haben sich Bund und Länder mit Beteuerungen geradezu überschlagen, für mehr Sicherheit zu sorgen und dem Terrorismus den Kampf anzusagen.

Die Terroranschläge haben - besonders was den Personalhaushalt der Polizeien angeht - für ein kurzfristiges Strohfeuer gesorgt, doch mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zu den schrecklichen Ereignissen ist die Scheu vor Einschnitten beim Personal gewichen – weil eine andere Bedrohung allgegenwärtig ist: das Haushaltsloch.

Der Bund hat Haushaltsmittel für zusätzliche 1.450 Polizeibeamte beim Bundesgrenzschutz, zusätzliche 50 Stellen im IT-Bereich, 470 Verwaltungsstellen mehr ausgewiesen und das Bundeskriminalamt um 244 Stellen verstärkt. Offensichtlich reichte diese Investition nicht aus. Die vom Bayerischen Rundfunk Anfang März 2004 aufgedeckten gravierenden Sicherheitslücken bei der Fluggastkontrolle am Münchner Flughafen zeigen dies deutlich: an manchen Tagen konnte der BGS mehrere Stunden lang wegen Personalmangels nicht zuverlässig kontrollieren. Die Länder haben erst gar keine Anstrengungen unternommen. Dass heute bundesweit über 7.000 Polizistinnen und Polizisten weniger auf der Straße sind als noch vor fünf Jahren ist die Folge dieser Verweigerung. Die Gesamtzahl der Polizeivollzugskräfte ist in dieser Zeit übrigens von rund 273.000 auf 266.000 gesunken.

Skandalöse Vorgänge

Die Polizeipräsenz auf den Straßen zum Schutz der Bürger wird also immer dünner, was Kriminelle ermutigt, Angriffe auf Leben, Gesundheit und Eigentum immer dreister auszuüben.

Die personalintensive Terroristenfahndung wird nicht - wie behauptet - durch eine Verstärkung der Polizeikräfte geleistet, sondern geht auf Kosten der allgemeinen Sicherheitsbereiche.

Es ist beinahe kurios, wie kreativ die schwächelnde Personalausstattung der Polizei mancherorts übertüncht wird: In Nordrhein-Westfalen werden immer häufiger leere grün-weiße

Streifenwagen an neuralgischen Punkten der Autobahn abgestellt. Fritz Behrens, der NRW-Innenminister, will festgestellt haben, dass Autofahrer erschreckt auf die Bremse treten, wenn sie so ein Gefährt sehen. Er nennt das einen „Reflektionsprozess“.

Zudem teilte der Minister mit, dass seit 1995 in 37 von 358 Wachen der Betrieb ganz eingestellt wurde. Darunter sind 28 Wachen, die rund um die Uhr besetzt waren. Zudem seien 2.000 Stellen abgebaut worden. Leere Wachen und leere Streifenwagen bedeuten leere Versprechungen beim Schutz der Inneren Sicherheit.

Den Polizeibeschäftigten ist nicht erklärlich, warum sie einerseits immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal bewältigen und dazu auch noch einen nie da gewesenen sozialen Abstieg hinnehmen sollen. Ihnen werden deutliche Einkommenseinbußen und längere Arbeitszeiten zugemutet.

Skandalöse Vorgänge untermauern den Trend der Länder, die Mitarbeiter ihrer Polizeien als bloße Manövriermasse zu betrachten. Zwei Beispiele: In Berlin wurden hoch qualifizierte, erfahrene Beamte aus ihren ursprünglichen Ermittlungsfeldern herausgelöst und dorthin verschoben, wo es ein Personalleck zu stopfen galt, nämlich im Personen- und Objektschutz. Mitten in einer höchst bedrohlichen Gefahrenlage sorgte die einsame Entscheidung, große Teile des Bundeskriminalamts in einem Gewaltakt nach Berlin zu verpflanzen, für ein fast vollständiges Erliegen der Behörde. Weil die Mitarbeiter nicht rechtzeitig miteinbezogen wurden, kam es zu erbitterten Protesten. Letztlich wurde BKA-Präsident Kersten durch den Bundesinnenminister entlassen.

Stimmung denkbar schlecht

Es kann niemanden ernsthaft erstaunen, dass die Stimmung in der Polizei denkbar schlecht ist; zumal der Polizeiberuf immer gefährlicher wird. 386 Polizeibeamte sind seit 1945 im Dienst durch Rechtsbrecher ermordet worden. Jährlich werden rund 700 Einsatzkräfte so schwer verletzt, dass sie mindestens eine Woche dem Dienst fernbleiben müssen. Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte nehmen Jahr für Jahr zu.

Studien über lebensgefährliche Angriffe auf Polizisten haben ergeben, dass die größte Gefahr in so genannten Routine-Einsätzen lauert. Jeder Streifengang, jede Streifenfahrt birgt heute die Gefahr, lebensgefährlich verletzt oder sogar getötet zu werden. Dabei sind es eben nicht rasante Verfolgungsfahrten oder spektakuläre Geiselnbefreiungen, die das Risiko ausmachen, sondern Ehestreitigkeiten, Kneipenschlägereien oder Verkehrs- und Personenkontrollen. Großeinsätze der Polizei bei Demonstrationen, Politgipfeln oder Atommülltransporten werden von Gewalttätern, die der Krawall fasziniert, genutzt, um Straßenschlachten mit den Einsatzkräften zu provozieren.

Vorfälle, bei denen ein Täter unvermittelt eine Waffe hervorholt und auf die Beamten losgeht, mehren sich. Nur der hochprofessionelle Umgang mit der Dienstwaffe und den guten Ausbildungsstandards ist es zu verdanken, dass nicht mehr Polizisten sterben und Straftäter von der Polizei erschossen werden.

Wie Hohn in den Ohren der Einsatzkräfte

An den Nerven der Einsatzkräfte zerrt auch der Hickhack um die neuen Kommunikationssysteme der Polizei. Während das renovierte Fahndungssystem INPOL tatsächlich verbesserte

und beschleunigte Ermittlungen verspricht, ist die Einführung des bundeseinheitlichen Digitalfunks für die Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben (BOS) noch lange nicht in Sicht. Zwar scheint sich das Konfliktnäuel um die Finanzierung dieser dringend notwendigen technischen Innovation allmählich aufzulösen, doch wird der zunächst angestrebte Termin der Komplett Einführung zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland sicherlich verstreichen. Das heißt: Die Polizei wird sich bei Großlagen weiterhin mit ihrem maroden analogen Funksystem herumschlagen müssen. Diese altertümliche Technik funktioniert oft nicht und ist übrigens auch nicht abhörsicher. Das wissen auch Kriminelle.

Vielen Polizeibeamten klingt es daher wie Hohn, wenn Politiker in Bund und Ländern zur Rechtfertigung von Einkommenskürzungen, verlängerten Arbeitszeiten, Personalabbau und Ausstattungsmängeln von einem „sicheren“ Arbeitsplatz sprechen.

Bärendienst an Bürgern und Polizei

Mit groß angelegten Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen, politischen Hintergrundgesprächen und offensiver Öffentlichkeitsarbeit hat die Gewerkschaft der Polizei die Politik auf das Missverhältnis von Sicherheitslage und Motivation in den Reihen der Polizei hingewiesen. Diesen Gefahrenhinweis haben die Politiker in Bund und Ländern offensichtlich nicht ernst genommen. Sie drehen weiter an der Personal- und Einkommensschraube und wollen Polizeibeamte, deren besondere Belastung durch Wechsel- und Schichtdienst sowie deren besondere Gefährdung bislang von niemanden angezweifelt wurde, länger und billiger arbeiten lassen; in der Woche und im Leben.

Den vorläufigen Höhepunkt stellt die Absicht des Berliner Senats dar, ausgebildeten Polizisten anzubieten, sie zunächst nicht als Polizeibeamte zu übernehmen, sondern als Polizeivollzugsangestellte Zweidritteldienste nach Tarif schieben zu lassen. Nach Konsolidierung des Haushaltes - vielleicht im fernen 2008 - sollen sie dann doch verbeamtet werden.

Berlin will also eine Discount-Polizei einführen. Die jungen Leute, die alle eine abgeschlossene Polizeiausbildung haben, sollen nun in Teilzeitarbeit vollen Polizeidienst leisten, zu einer Vergütung, die den Anforderungen und Risiken des Berufes in keiner Weise gerecht wird. Auch die den Gefahren des Berufes adäquate versorgungsrechtliche Absicherung durch den Beamtenstatus soll ihnen verwehrt werden.

Auf europäischer Ebene gilt die Übereinkunft, dass die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben in den Kernbereichen Justiz, Polizei und Verteidigung ein besonderes Treueverhältnis erfordert. Für Deutschland gilt, dass Eingriffe in die Grundrechte der Bürger nur derjenige ausüben darf, der in diesem besonderen Verhältnis zum Staat steht. Die Berliner Pläne setzen sich über diesen Verfassungswillen hinweg. Die Gewerkschaft der Polizei befürchtet, dass andere deutsche Länder an dem Berliner Modell Geschmack finden könnten. Dies käme einem Dammbbruch der bisherigen deutschen Sicherheitspolitik gleich und wäre ein Bärendienst der Politik an Bürgern und Polizei.

Verpolizeilichte Bundeswehr

Regelmäßig kommt bei den Überlegungen, die Polizei von Aufgaben der Inneren Sicherheit zu entlasten, die Bundeswehr ins Spiel. Besonders im CDU/CSU gibt es immer wieder Stimmen, die einer Remilitarisierung der Inneren Sicherheit das Wort reden. Dabei soll die

Bundeswehr quasi „verpolizeilicht“ werden. Die Vorschläge reichen bis zum Anfang der 1990er-Jahre zurück: die Bundeswehr soll den Objektschutz übernehmen - nunmehr rein polizeilicher Art - bis hin zu Plänen, eine Art Nationalgarde nach amerikanischem Vorbild aufzubauen. Der eigentliche Grund wird damals wie heute natürlich verschwiegen: Wenn man Soldaten und Polizisten beliebig austauschbar für jede denkbare Aufgabe einsetzen kann, spart man Geld!

Der Anfang November 2003 vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf eines Luftsicherheitsgesetzes ist ein anschauliches Beispiel, wie die Zusammenarbeit von Polizei und Bundeswehr vorstellbar ist, ohne den Grundsatz der Trennung der Aufgaben in Frage zu stellen. Natürlich verfügt allein die Luftwaffe über die notwendigen Mittel, um ein Gefahr verheißendes Flugzeug abzudrängen, zur Landung zu zwingen oder notfalls auch als allerletztes Mittel auf Geheiß des Bundesverteidigungsministers abzuschießen. Das ändert aber nichts daran, dass die Polizei grundsätzlich für die Gefahrenabwehr zuständig ist. Also sieht der Gesetzentwurf den Einsatz der Luftwaffe folgerichtig als Konsequenz des Amtshilfegrundsatzes vor. Die Gewerkschaft der Polizei wird sehr genau darüber wachen, dass ein solcher Vorstoß nicht zu einem Einfallstor für einen viel weitergehenden Einsatz der Bundeswehr im Innern wird.

Kehrtwende notwendig

Unter dem Strich ist eine sofortige Kehrtwende der Sicherheitspolitik unumgänglich. Es kann nicht sein, dass die Innere Sicherheit Deutschlands weiterhin einer Zerreißprobe unterzogen wird. Politiker dürfen nicht länger an dem Wunsch der Bürger nach mehr Polizei vorbei regieren. Sie dürfen die Schwere des Polizeiberufs nicht länger ignorieren und die Beschäftigten mit ungerechten Sparorgien brüskieren.